

Berlin, Dienstag,

den 13. Februar 1877.

Dieses Blatt erscheint in der Woche **zwölfmal.**

Abonnements-Preis:

vierteljährlich für Berlin **7 M 50 Pf.** für ganz Preussen, das übrige Deutschland und ganz Oesterreich **9 M.**

Insertions-Gebühr:

die dreigespaltene Zeile **40 Pf.**

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als **Gratis-Beilage** erscheint ausser anderen **tabellarischen Uebersichten** und einer Reihenfolge von **Zusammenstellungen;** Sonnabend Nachmittags: **Allgemeine Verloosungs-Tabellen.**

Die einzelne Nummer kostet **25 Pf.**

Expedition der Börsen-Zeitung: **Kronenstrasse No. 37.** — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Berliner Börsen-Zeitung.

Telegraphische Depeschen.

Magdeburg, 13. Februar. (Privatdepesche der Berliner Börsenzeitung.) Der sieben fertig gestellte Rechnungsabschluss der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft für das abgelaufene Betriebsjahr zeigt eine Gesamtversicherungssumme von 13,434 Millionen M. Die Gesamtprämienentnahme beträgt 25,808,095 M.; die zurückgestellte Prämienreserve 7,747,443 M.; die gesammelten Brandschäden 14,131,489 M. Die Brandschaden-Reserve 2,353,131 M. Der Reingewinn beziffert sich auf 655,556 M., was einer Dividende von 118 M oder 1 1/2 % per Actie entspricht.

London, 12. Februar, Abends. (C. T. C.) Oberhaus. Auf eine bezügliche Anfrage des Lord Albans erklärte der Unterstaatssecretär Cadogan, die nach Konstantinopel gesandten Ingenieurofficiere seien einzig und allein dorthin gesandt, um sich Informationen im Interesse Englands zu verschaffen. Der Türkischen Regierung sei keine Mittheilung hiervon gemacht worden.

Unterhaus. Gladstone theilte mit, dass er am nächsten Freitag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Depesche des Grafen Derby an den Botschafter Elliot vom 5. September v. J. lenken werde, um die Ansichten der Regierung bezüglich dieser Depesche in Erfahrung zu bringen. — Der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, erklärte Mair auf seine Anfrage, ob die Türkei die Bezahlung der Coupons der Anleihe von 1855 suspendirt habe, die Türkei habe für die Bezahlung des Februarcoupons der Anleihe von 1855 Vorsorge getroffen, was diejenigen der Anleihe von 1854 betreffe, so sei Frankreich und England deswegen in Konstantinopel vorstellig geworden. — Auf die Anfrage Campbell bezüglich des Verhältnisses des Botschafter Elliot zur Krone, erwiderte der Schatzkanzler Elliot befände sich noch immer im activen Dienste. — Der Unterstaatssecretär des Aeussern, Bourke, erklärte auf eine Anfrage Forster's, es sei kein Grund mehr vorhanden, die Mittheilung der Depesche des Grafen Derby zu verweigern, in welcher dieser die Pfote davon in Kenntniss setzt, dass sie im Falle eines Krieges mit Russland auf keine materielle Unterstützung Englands zu rechnen habe.

London, 13. Februar, früh. (C. T. C.) Das Unterhaus hat auf den Antrag des Generalanwalts die Patentbill, durch welche die Giltigkeitsdauer der Patente von 12 Jahren auf 21 Jahre verlängert wird, in erster Lesung angenommen.

Konstantinopel, 12. Februar. (C. T. C.) Der ehemalige Finanzminister Ghalib Pascha ist zum Gouverneur des neuen Vilajets in Konstantinopel ernannt worden.

Konstantinopel, 13. November. (H. T. B.) Gegenüber dem aus „Konstantinopel“ datirten auf eine hierher gerichtete Anfrage erfolgten Dementi wird auf das Bestimmteste versichert, dass die Türkischen Truppen in den Casernen consingirt sind und die Türkischen Minister ununterbrochen Berathungen abhalten über Mittel gegen den drohenden Aufstand. Zahlreiche Verhaftungen von Jungtürken werden vorgenommen.

Washington, 12. Februar. (C. T. C.) Das Repräsentantenhaus hat dem Beschlusse der Fünfzähler-Commission, dass die Wahlstimmen von Florida als für Hayes abgegeben zu betrachten seien, nicht zugestimmt, der Beschluss der Fünfzähler-Commission bleibt dessungeachtet in Kraft, weil derselbe nur durch einen übereinstimmenden Beschluss beider Häuser des Congresses umgestossen werden könnte. Nach der Sitzung des Repräsentantenhauses trafen beide Häuser zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Reihenfolge fortzusetzen. Bezüglich der von der Republikanern und von den Demokraten wegen der Wahlstimmen von Louisiana erhobenen Einsprüche erfolgte Verweisung an die Fünfzähler-Commission.

Ottawa, 12. Februar. (C. T. C.) In einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser des Canadischen Parlaments protestirten 2 Parlamentsmitglieder von British-Columbia gegen das Vorgehen der Canadischen Regierung bezüglich der Pacificbahn und drohten mit dem Austritt British-Columbia aus der Canadischen Union.

Berlin, den 13. Februar.

Die 19. Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten v. Bennigsen um 10 1/2 Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Am Ministertisch: Handelsminister Dr. Achenbach und mehrere Regierungs-Commissare. Das Haus tritt dann in die Tagesordnung.

Fortsetzung der Etatberathung.
a) Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen. Bei Capitel 12 der Einnahmen sind unter Titel 4 an Gebühren für die Prüfungen von Feldmessern 1605 M. eingestellt.

Abg. Sombart beklagt die mangelhaften Kenntnisse dieser Beamten. Jedermann im Lande weiss, dass die Feldmesserarbeiten in der Regel falsch sind. Es sei doch unerhört, dass das geodätische Institut, welches sich bekanntlich mit der Europäischen Gradmessung beschäftigt, mit der Elbnivelirung beauftragt worden sei, weil von den 3000 im Ressort des Handelsministeriums angestellten Feldmessern keiner zu einer solchen Aufgabe befähigt gewesen sei. Der Feldmesser sei aber der Pionier der Bodencultur und darum müsse man von ihm die entsprechenden Kenntnisse verlangen. Redner empfiehlt schliesslich dem Minister bei Aufstellung des Lehrplanes für das Polytechnicum namentlich die Gegenstände zu berücksichtigen, deren Kenntniss für die Feldmesser unerlässlich sei.

Handelsminister Dr. Achenbach erwidert, dass vielfache Vorschläge über die Anforderungen, welche man an die Feldmesser stellen solle, gemacht seien, bei welchen zum Theil das Abgangszeugniss von einem Gymnasium oder einer Realschule erster Ordnung als Erforderniss aufgestellt worden sei. Im Allgemeinen sei man der Ansicht gewesen, dass diese Forderung zu weit gehe und schädliche Einflüsse nach der Richtung hin äussere würde, dass nur wenige junge Leute sich diesem Berufe widmen würden. Bei Aufstellung des Lehrplanes für das Polytechnicum würden diese Gegenstände Berücksichtigung finden, welche für die Ausbildung der Feldmesser besonders geeignet seien.

Die Einnahmepositionen werden bewilligt.
Bei Cap. 65 der Ausgaben (Ministerium) führt Abg. Do tra aus, dass der Zustand unserer Bundesverwaltung seit 30 Jahren ein stationärer sei vom Baufrüher bis hinauf in die höchsten Stellen. Diese Erwägung liege dem von den Commissarien des Hauses und anderen Abgeordneten gestellten Anträgen zu Grunde.

Abg. Duncker begründet hierauf einen zu Cap. 55 Tit. 1 gestellten Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, angesichts des wirtschaftlichen Nothstandes des Landes mit der Ausführung derjenigen öffentlichen Bauten und Arbeiten, zu denen seitens der Landesvertretung die Mittel bewilligt sind, energisch vorzugehen. Gegenüber den allgemeinen Klagen des Landes, führt Redner aus, muss ich den Herrn Handelsminister nicht nur anklagen als Techniker, sondern ich muss ihn auch anklagen als Staatsmann, dass er als Minister der öffentlichen Arbeiten nicht zur rechten Zeit die nöthige Energie bewiesen hat, um diejenigen Aufgaben zu fördern, welche seinem Ressort unterstellt sind und die auf der andern Seite durch die wirtschaftliche Lage des Landes geboten erscheinen. Wer über so bedeutende Summen verfügt, welche er zur Fruchtbarkeit des Landes verwenden kann, von dem muss man sagen, dass er auch für die gesammte wirtschaftliche Lage des Landes eine grosse Verantwortlichkeit auf sich geladen hat, und in dieser Beziehung muss ich den Herrn Handelsminister grösserer Unterlassungsünden anklagen. Wir sind in die heutige schlimme Lage gekommen durch das unerwartete Zuströmen baarer Geldmittel aus der Französischen Kriegscontribution. Ich glaube, dass es damals die Aufgabe des Ministers gewesen wäre, für eine lange Reihe von Jahren sich diejenigen Mittel zu sichern, welche das Land vor einer wirtschaftlichen Krisis bewahrt hätten. Anstatt die Summen zum Besten des Landes festzulegen, nahm nur allein das Kriegsdepartement die Geldmittel in Beschlag, um die Arbeiten zu beschleunigen, die für ihren Zweck notwendig erschienen. Dadurch wurden bei der Industrie Hoffnungen erweckt, die auf die Dauer nicht zu erfüllen waren. Das übrige Geld ver-

wendete der Finanzminister zur Zurückzahlung von Staatsschulden, wodurch der Glaube entleeren musste, als sei unser Land unendlich reich. Allerdings muss ich zugeben, dass der gegenwärtige Handelsminister damals noch nicht in diesem Amte war, aber er hat doch schon zu jener Zeit einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der Dinge gehabt. Aber auch da, wo ihm vom Finanzminister die Mittel zur Verfügung gestellt worden und er bei der Landesvertretung das grösste Entgegenkommen bei der Bewilligung von Geldern gefunden, hat er diese Mittel nicht in der richtigen Weise verwendet und viele wichtige Bauten nicht genügend gefördert, so dass die Gelder heute noch nicht zur Verwendung gelangt sind. Das Hauptgewicht lege ich aber auf das Wasserbauwesen. Bei der eigenthümlichen Natur dieser Bauten läuft man so recht eigentlich Gefahr, dass sie verwendeten Mittel ins Wasser geworfen werden, wenn diese Bauten nicht auf schnellste ihrem Ende entgegengeführt werden. (Sehr richtig.) Man klagt in dieser Beziehung den Handelsminister an, dass er keine schöpferische Thätigkeit nach dieser Richtung hin entwickle. So liegen Klagen aus Pillau, Königsberg, Memel vor, dass der Handelsminister für Wasser-Bauten gar nichts thue. Weiter wird geklagt über den langsamen Gang der öffentlichen Bauten. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an den langsamen Fortgang der Arbeiten auf dem Königsplatz, der drei bis vier Jahre als eine Wüste gelegen hat, ein Umstand, der wesentlich dazu beigetragen hat, das Krollische Etablissement für den Bau des Reichstagsgebäudes zurückzuweisen. Ich muss daher den Herrn Handelsminister dringend bitten, die Organisation der Bauverwaltung in seinem Ressort sobald umzuändern. Wenn man sieht, wie überall Mittel anscheinend vorhanden sind, und der Handelsminister dabei zu keinem Entschlusse kommen kann, so kommt mir dies so vor, als wenn ein Fremder eine Speisekarte vorlegen lässt und vor der Menge der Speisen zu keinem Entschlusse gelangt. Wenn der nicht zugreift, so ist das seine Schuld. Der Unterschied ist aber der, dass dabei nicht nur der Minister, sondern das Land Hunger leidet. Ich hoffe daher, dass er endlich in energischer Weise im ganzen Lande diejenigen Bauten fördern wird, für welche die Mittel schon längst bewilligt sind. (Schluss des Blattes.)

— In Abgeordnetenkreisen war gestern mit ziemlicher Bestimmtheit das Gerücht verbreitet, dass die Regierung sofort nach Vereinbarung des Etatsgesetzes den Landtag schliessen werde, um ein gleichzeitiges Tagen desselben mit dem Reichstage zu vermeiden. Sollte sich diese Nachricht wirklich bestätigen, so würde ein grosser Theil der eingebrachten Vorlagen unerledigt bleiben.

— Der Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für das Etatsjahr 1877/78 weist auf an Einnahmen 124,670,550 M. für den vorjährigen Etat waren ausgesetzt 119,978,600 M. Nach Abzug der Minderansätze übersteigen die Einnahmen dieses Etatsjahres seinen Vorgänger um 4,691,950 M. Für Porto und Telegraphengebühren sind in diesem Jahre angesetzt 109 Mill. Mark. Personengeld 6,100,000 M. und zwar um 1 Mill. M. weniger als im Vorjahre, in Folge der Eröffnung neuer Eisenbahnlilien und der damit zusammenhängenden weiteren Aufhebung von Personensposten. Die Gebühren für Bestellung von Postsendungen am Orte der Postanstalten sind veranschlagt auf 3,622,000 M. Gebühren für Bestellung von Postsendungen im Umkreise der Postanstalten 1,400,000 M. Gebühren für Stundung von Gefällen und für Abfertigung von Extraposten 90,000 M. Erlös für verkaufte Grundstücke, Materialien, Utensilien oder sonstige Gegenstände 131,400 Mark. vermischte Einnahmen 660,000 M. Zuschuss aus der Wechselstempelsteuer-Verwaltung für den Betrieb der Stempelmarken durch die Post 167,150 M. von den Postdampfschiffsverbindungen 200,000 M. von dem Absatz der Zeitungen des Reichsgesetzblatts und des Amtsblatts der Reichs-Post und Telegraphenverwaltung 3,300,000 M. Dagegen betragen die Ausgaben, und zwar für Besoldung 47,623,880 M. für Wohnungsgeldzuschüsse 7,894,624 M. für andere persönliche Ausgaben